SEITE 1 | DONNERSTAG 21. JANUAR 2021

Kein Ende in Sicht bei den Diskussionen um das Bewohnerparken

Anwohner starten Umfrage

Weiter Diskussion um Bewohnerparken in der Östlichen Vorstadt – Beiratssitzung für den 9. Februar anberaumt

Einer der Parkscheinautomaten, die beispielsweise zwischen Horner Straße und Sankt-Jürgen-Straße aufgestellt wurden.

VON SIGRID SCHUER

Östliche Vorstadt.Was in Metropolen wie Wien, Zürich und Kopenhagen funktioniert, ist in der Östlichen Vorstadt in Bremen weiterhin Gegenstand heftiger Diskussionen. Hier wird seit der Einführung des Bewohnerparkens um jeden Parkplatz gerungen. Die Östliche Vorstadt probt sozusagen als kleines gallisches Dorf den Widerstand. Aufgrund des offenbar bestehenden, großen Klärungsbedarfs seitens der Autofahrer hat der Beirat Östliche Vorstadt nun für Dienstag, 9. Februar, eine virtuelle Beiratssitzung anberaumt.

„Letztendlich geht es um Lebensqualität in Städten“, betont Michael Glotz-Richter, Referent für nachhaltige Mobilität im Mobilitätsressort. Erwiesen sei die hohe Lebensqualität in Metropolen wie Wien, Zürich und Kopenhagen, um nur einige zu nennen, in denen die Verkehrsplanung dem Auto gegenüber eher restriktiv laufe. Vielmehr sehe eine ganzheitliche Verkehrsplanung die gleichzeitige Förderung von Rad-, Fuß- und öffentlichem Verkehr vor. Es müsse eben um die Rechte aller Verkehrsteilnehmer gehen. „Ein Baustein der Lebensqualität besteht darin, dass man gut zu Fuß und eben auch mit Rolli oder Kinderwagen unterwegs sein kann, dass man das Fahrrad sicher abstellen kann und ein Carsharing-Angebot im Stadtteil hat“, resümiert Glotz-Richter.

Wer von den Bremerinnen und Bremern selbst schon einmal Wien, Zürich oder Kopenhagen besucht hat, konnte sich selbst von der Lebensqualität dort ein Bild machen. Glotz-Richters Meinung teilt auch Ortsamtsleiterin Hellena Harttung. Erfahrungswerte aus Köln zeigten, wie gut das Sunrise-Konzept des Bewohnerparkens in großen Teilen der Stadt inzwischen angenommen werden würde, betont sie. In der Östlichen Vorstadt ist dagegen zu Jahresbeginn eine private Umfrage auf nebenan.de gestartet worden. Die Ergebnisse sind dem STADTTEIL-KURIER von Astrid Hager-Guthrie zur Verfügung gestellt worden.

„In fünf Tagen haben uns fast 80 Nachbarn Feedback gegeben. Viele Bewohner dachten aufgrund der Sunrise-Kommunikation, das Bewohnerparken würde das Parken erleichtern“, schreibt Hager-Guthrie in einer E-Mail an Michael Glotz-Richter, das Ortsamt und an die Redaktion des STADTTEIL-KURIER. Glotz-Richter verweist erneut auf die umfangreiche und zeitintensive Beteiligung der betroffenen Bevölkerung an dem Sunrise-Verfahren. Darauf hatte auch bereits Helmut Kersting (Linke), als Sprecher des Fachausschusses Bau, Mobilität und Verkehr des Beirates Östliche Vorstadt, hingewiesen.

Die Umfrage hätte ergeben, dass rund 80 Prozent der Befragten jetzt schlechter einen Parkplatz fänden, so Hager-Guthrie weiter. Ebenfalls rund 80 Prozent hätten angegeben, dass der Parksuchverkehr zugenommen habe. Einer der Beschwerdeführer ist Marcin Dysarz, der gleiches beklagt. Hager-Guthrie und ihre Mitstreiter begehren nun vom Mobilitätsressort zu erfahren, wie hoch die Anzahl der Parkplätze vor und nach Einführung des Bewohnerparkens gewesen ist. Auch möchte die Anwohnerschaft wissen, wie viele Bewohnerparkausweise verkauft worden sind. All diese Fragen sollten in der Beiratssitzung am 9. Februar von den eingeladenen Experten zu klären sein.

„Aufgrund der Corona-Krise liegen die Nerven blank. Den Umfrageergebnissen ist zu entnehmen, dass diese Parkordnung die Betroffenen zusätzlich unter Druck setzt“, schreibt Hager-Guthrie. Und weiter: Die Maßnahme sei vor allem aus Klimaschutzgründen unsinnig, weil der Parksuchverkehr zugenommen habe, zumal während der Pandemie ausdrücklich davon abgeraten werde, den öffentlichen Nahverkehr zu benutzen, wenn es sich vermeiden ließe. Aus der Umfrage werden unter anderem folgende Vorschläge beziehungsweise Forderungen abgeleitet: Kurzfristig aufgesetztes Parken wieder zu erlauben, wo es nicht gefährlich ist, das heißt zu regulieren statt zu verbieten. Ermäßigung von Tickets für die Bremer Straßenbahn AG und der Brepark-Gebühren für die Anwohnerschaft.

Eine erneute Erlaubnis für das aufgesetzte Parken werde es nicht geben, sagt Glotz-Richter. Er erläutert: „Die vorherige Parkweise entsprach in einigen Straßen des jetzigen Bewohnerparkgebietes mit dem praktizierten, aufgesetzten Gehwegparken und dem Parken in Kreuzungen/Einmündungen zum einen nicht den Regeln der Straßenverkehrsordnung, mit dem Ergebnis erheblicher Behinderungen. Diese betrafen sowohl Menschen, die zu Fuß unterwegs sind, besonders diejenigen mit Rollstuhl, Kinderwagen und Rollator“. Zum anderen wurden die Fahrzeuge der Müllabfuhr und im Fall des Falles auch der Feuerwehr erheblich behindert.

Diese Behinderungen seien nicht mehr hinnehmbar gewesen. Das Problem sei unter anderem dadurch verschärft worden, dass sich die Menschen über die Jahre größere Pkw zugelegt hätten, da das zu zunehmenden Behinderungen aufgrund größerer Fahrzeugbreiten geführt habe. Fazit: Bei längeren Fahrzeugen könnten schlicht weniger Autos dort parken. So sei der VW Golf im Vergleich von Golf zu Golf VII nahezu 20 Zentimeter breiter und rund 50 Zentimeter länger geworden. Zudem sei der neue Parkplatz auf dem Hulsberg-Gelände mit 180 Stellplätzen, der zunehmend genutzt werde, seit wenigen Wochen auch verfügbar, so Glotz-Richter.